

Ein grüner Kripomann erregt das Geesthachter Feierabend-Parlament

»Ratsherr Wüppesahl, setzen Sie sich hin!«

Bürgervorsteherin Anneliese Schmidt schwingt die große Messingglocke. »Ich eröffne die 29. Ordentliche Ratsversammlung. Wir beginnen mit der Bürgerfragestunde.« Ein junger Mann mit Stoppelhaarschnitt eilt zum Rednerpult. »Bürger Wüppesahl hat folgende Frage...« Noch ehe der Mann sein Anliegen vortragen kann, wird die Glocke zur wortabschneidenden Waffe.

»Ratsherr Wüppesahl, setzen Sie sich hin«, schreit jemand wütend. »Ich bin der Bürger Wüppesahl«, sagt der Mann am Mikrophon. »Ich möchte...«

»Sie sind der Ratsherr Wüppesahl«, die Stimme der Bürgervorsteherin klingt aufgeregt. »Ich rufe Sie zur Ordnung.« — »Sie können den Bürger Wüppesahl gar nicht zur Ordnung rufen«, tönt es zurück.

»Ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Ordnung«, schreit die Vorsteherin. »Das können Sie in den Wind rufen«, sagt der Bürger Wüppesahl.

Das anwesende Publikum ist amüsiert. Nur unter den versammelten Abgeordneten nimmt die Aufregung zu. Einige springen von ihren Sitzen auf. Ein CDU-Parlamentarier rauft sich im wahrsten Sinne des Wortes die Haare. Die Glocke tritt erneut in Aktion. Dann wird darüber abgestimmt, ob der Grüne Ratsherr Wüppesahl als Bürger in der Ratsversammlung sprechen darf. Die Parlamentarier sind sich schnell einig. Mit einem parteiübergreifenden Votum schickt man den Bürger-Ratsherren Wüppesahl zurück auf den Platz.

»Das läuft bei uns in Geesthacht jetzt meistens so«, klärt mich eine Frau aus dem Publikum auf. »In den Ratsversammlungen wird die formale Prozedur häufig wichtiger als die inhaltliche Arbeit.«

Zoff im Geesthachter Feierabend-Parlament: 14 CDU-Abgeordnete, ebensoviele SPDler und zwei Freidemokraten sind sich einig, wenn es um den Grünen-Ratsherrn Thomas Wüppesahl (29) geht.

Gemeinsam haben die Mehrheitsparlamentarier eine neue Geschäftsordnung verabschiedet, die nicht nur von der Lokalpresse als »Maulkorb« bezeichnet wird. HR-Redakteur Dieter Trautmann hat sich vor Ort umgesehen.



Fotos: Gesche-M. Cordes

Die Bürgervorsteherin Anneliese Schmidt (vorne) und der Ratsherr Thomas Wüppesahl (hinten) im Geesthachter Feierabend-Parlament.

...entschieden werden. Ratsherr

Wüppesahl möchte dazu einige Widersprüche anmelden. Die Bürgervorsteherin lehnt das ab. Man habe bereits zwei Anträge des Ratsherrn Wüppesahl auf der Tagesordnung. Mehr sei nicht vorgesehen, sagt sie. Der Ratsherr kenne doch die Geschäftsordnung.

Wüppesahl protestiert, will sein Anliegen begründen. Die Vorsteherin entzieht ihm das Wort. »Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich ausreden ließen«, ruft der Ratsherr. Als Antwort kommt die Ankündigung eines weiteren Ordnungsrufs.

»Beim nächsten Mal müssen Sie den Raum verlassen«, droht die Dame mit

»Soweit sind die noch nie gegangen«

der Glocke. »Soweit sind die noch nie gegangen«, flüstert eine Kollegin am Journalisten-Tisch. »Das wäre der erste Rausschmiß.«

Der Bürgervorsteherin ist es offensichtlich zu heikel, die Disziplinarmaßnahme allein zu entscheiden. Sie unterbricht die Sitzung und beruft den Ältestenrat ein. Nach einer knappen halben Stunde hinter verschlossenen Türen fällt auch die Entscheidung in Sachen Wüppesahl. Der Grüne darf bleiben, aber weitere Anfragen werden nicht zugelassen.

»So ist das immer«, sagt Thomas Wüppesahl später. »Über die Geschäftsordnung werde ich kaltgestellt.« Seit knapp zwei Jahren streitet der Kriminalobermeister Thomas Wüppesahl als alleiniger Grüner Abgeordneter im Geesthachter Feierabend-Parlament für seine Partei. »Zwei Anfragen pro Sitzung darf ich noch stellen«, schimpft er. »Und mehr als zweimal fünf Minuten Redezeit pro Antrag gibt man mir nicht.«

Er nennt es »Schweinerei«, was man mit ihm macht. »Das sind dieselben Leute, die sonst immer mit dem Wort 'Demokratie' hausieren gehen«, sagt er. »Dabei führen die ihr eigenes Demokratieverständnis ad absurdum.«

Vierzehn CDU-Abgeordnete, ebenso viele SPDler und zwei FDP-Parlamentarier haben unter der Regie des christdemokratischen Bürgermeisters kürzlich die Geschäftsordnung der Geesthachter Ratsversammlung neu gefaßt. »Lex Wüppesahl«, wertet die örtliche Presse die »neue Ordnung«

Die Grünen sagen schlicht »Maulkorb« dazu. Vertreten durch ein Hamburger Anwaltskollektiv, will der Grüne Parlamentarier sein Recht auf freie Rede vor dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht einklagen.

»Durch die Geschäftsordnung wird der Kläger in seiner Arbeit als Mitglied der Ratsversammlung wesentlich behindert«, heißt es in der Klageschrift. »Mit der angegriffenen Regelung wird ebenfalls die Funktion der Opposition wesentlich beeinträchtigt.«

Der Geesthachter CDU-Fraktionsführer Hans-Heinrich Marschatz macht keinen Hehl daraus, daß sich die neue Geschäftsordnung gegen Wüppesahl richten soll. »Wir haben hier einen Schutz eingebaut«, erklärt er der HAMBURGER RUNDSCHAU, »weil wir anders für die eigentliche Arbeit keine Zeit mehr hatten.« Der Ratsherr Wüppesahl hätte bei einzelnen Sitzungen mehr als ein halbes Dutzend Anträge eingebracht. »Zum Teil mehrere vollgeschriebene DIN A 4-Seiten«, klagt er. »Ein Feierabend-Parlament war damit völlig überfordert.«

Nein, gegen die demokratischen Spielregeln würde die neue Geschäftsordnung nicht verstoßen. »Wir haben hier nur unsere parlamentarischen Möglichkeiten ausgenutzt — anders als Wüppesahl«, sagt er. »Außerdem haben wir uns vorher im Innenministerium abgesichert.«

Marschatz sieht der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes gelassen entgegen: »Wir stehen voll zu dem, was wir beschlossen haben.« Dann gibt er zu, was ihn besonders wurmt. »Mit einem Antrag wollte der Wüppesahl das Städtische Jugendheim zur atomwaffenfreien Zone machen. Selbst Anträge zum

»Das lähmt uns in unserer Arbeit«

NATO-Austritt hat der gestellt. Und immer ist es ihm gelungen, die örtlichen Bezüge herzustellen.« So jedenfalls wäre das nicht weitergegangen. »Da hätten wir unsere Ratsversammlung gleich auf zwei Tage ansetzen können.«

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Hauke Hillmer argumentiert mit der »Antragsflut«, die Wüppesahl ausgelöst habe. »Das lähmt uns in der Arbeit«, sagt er. »Wir sind in erster Linie eine Verwaltung und konnten nicht

sprechend unserem demokratischen Auftrag nicht mehr nachkommen.« Die neue Geschäftsordnung sei installiert worden, um die Funktionsfähigkeit der Ratsversammlung zurückzugewinnen.

Hillmer räumt ein, daß durch dieses Instrument eine Minderheit »quantitativ benachteiligt« wird. »Die demokratischen Rechte des Einzelnen haben zurückzutreten vor den Rechten der Mehrheit«, sagt der Sozialdemokrat.

Wüppesahl sieht in der neuen Geschäftsordnung den Versuch, »die Darstellung grüner Positionen weitestgehend zu verhindern.« So schreibt man ihm vor, daß jeder Antrag auf maximal einer DIN A 4-Seite Platz haben muß. »Ich helfe mir damit, daß ich einzelne Anfragen runterverkleinere und dann auf das vorgeschriebene Format umkopiere«, erklärt er vergnügt.

Der Grüne Thomas Wüppesahl sitzt seit dem Frühjahr 1982 im Parlament der Oberelbe-Stadt. »Bei den Wahlen sind wir mit nur 23 Stimmen an einem dritten Mandat vorbeigerutscht«, sagt er. »Zu Beginn der Legislatur waren wir immerhin noch zwei Grüne Ratsmitglieder.« Ein Grüner Kollege ist abgesprungen. Zwei andere Nachrücker haben vorzeitig das Handtuch geworfen. »Der Hans-Werner Madaus hat die Seite gewechselt. Der sitzt jetzt bei der SPD auf der Bank. Sein Mandat hat er mitgenommen.«

Thomas Wüppesahl sagt das eher selbstkritisch. »Wir haben damals die Kandidatenliste unter Druck zu schnell zusammengeschustert.« Solche Fehler würde man nicht wieder machen. Schon jetzt wäre klar, daß man die künftige Liste mit guten Leuten besetzen kann. »Hinter mir steht heute eine Mannschaft mit sechs oder sieben Leuten, die mir knallhart zuarbeiten.«

Er ist stolz darauf, daß bislang kein einziger Grüner Antrag aus formalen Gründen abgelehnt werden konnte. »Ob es das Thema Fernwärme oder das AKW Krümmel ist«, sagt er. »Die müssen sich damit auseinandersetzen, ob sie wollen oder nicht.« Wüppesahl holt sich die fachlich-sachliche Unterstützung nicht nur aus den örtlichen Bürgerinitiativen. »Manchen Antrag haben wir zusammen mit dem Öko-Institut Freiburg entwickelt.«

Von der Politik der örtlichen SPD

hält er nicht viel. »Die setzen sich einerseits für die Biotop-Pflege ein. Andererseits sind das eifrige Befürworter des Autobahn-Baus nach Geesthacht.«

Der heute 29-jährige hat sich schon früh für Politik interessiert. »Das fing mit der Schüler-Vertretung an«, erinnert er sich. »Richtig losgegangen ist

»Ich habe halt immer viel getan«

das aber erst 1970/71.« Er ließ sich damals zum Polizisten ausbilden. In der Polizei-Schule sei es noch sehr liberal zugegangen. »In den Spinden sah man schon mal ein Che-Guevara-Bild. Selbst über die RAF konnte relativ offen diskutiert werden.«

Als dann die »Terroristen-Hatz« losging, sei er nachdenklich geworden. »Das war Menschenjagd«, sagt er heute. »Ich fing an, mich zu fragen, was wollen die eigentlich — und wie reagiert das System?«

1975/76 begann die Diskussion um die Atomkraftwerke. Wüppesahl beteiligte sich am Aufbau der Bürgerinitiativen Umweltschutz Oberelbe (BUO). In Brokdorf war er als Demonstrant und nicht als Polizist dabei. »Ich hatte Sonderurlaub.« Später, als die Auseinandersetzungen um die Atomanlagen in Gorleben ihren Höhepunkt erreichten, brachte er eine Woche auf dem besetzten Bauplatz 1004 zu.

»Das war für mich ein entscheidender Punkt«, sagt er. »Hier wurde mir vorgeführt, wer Recht bricht und Gewalt gebraucht.« Er entschließt sich, für die Grünen zum Bundestag zu kandidieren. Er erringt das beste grüne Einzelergebnis in Schleswig-Holstein, doch für Bonn reicht es noch nicht.

1981 kommt es in Geesthacht früher als in anderen Landesteilen zu einem Zusammenschluß der unterschiedlichen grünen Gruppierungen. Wüppesahl wird bei den Kommunalwahlen als Kandidat auf Platz eins gehievt. Mit 14,3 Prozent der Wählerstimmen erreicht er ein Sensationsergebnis.

»Ich habe halt immer viel getan«, winkt er heute bescheiden ab. »Außerdem glaube ich, daß ich mit den Leuten ganz gut umgehen kann.« Natürlich hat es noch Ende der 70er Jahre in den Initiativen heiße Diskussionen um den »Bulle, Wüppesahl« gegeben. »Klar,

da waren starke Vorbehalte gegen einen Polizisten da«, sagt er. »Später hat sich das gegeben.« Mit seinen Polizeikollegen im Dienstbereich kommt er gut aus. »Da gibt es zwar einige aus der rechten Ecke, die mich für einen grünen Spinner halten«, sagt er. »Aber die meisten mögen und akzeptieren mich wohl.« Nur in den oberen Etagen betrachtet man den grünen Kriminalobermeister skeptisch. »Ich denke, daß dort meine Aktivitäten politisch gewertet werden«, mußmaßt er.

Viel mehr Probleme hat der Kriminalbeamte mit seinen Parlaments-Rivalen. »Da ist vieles bei denen völlig irrational abgelaufen. Die haben sich öffentlich sogar darüber aufgeregt, wie ich gehe«, schüttelt er den Kopf. »Ich soll einen provozierenden Gang haben, meinten die.«

Während der Ratssitzung ging es manchmal herb zu. »Ohne Ordnungsruf durften die mich 'Schwein' titulieren. Das war schon erschreckend.« Eine Zeitlang lief eine regelrechte Kampagne gegen ihn. »Der Bürgermeister versuchte, mir eine falsche Eidesstatt-

»Von den Vorwürfen blieb nichts übrig«

liche Erklärung anzuhängen.« Insgesamt wurden drei Strafverfahren und drei Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet.

»Die wollten mich existentiell treffen.« Alle Vorwürfe erwiesen sich später als haltlos. »Von den Anschuldigungen ist nichts übrig geblieben«, stellt er mit Genugtuung fest. Dann spricht er von seiner Freundin, die ihm damals zur Seite gestanden hat. »Wenn die nicht gewesen wäre, hätte ich das wahrscheinlich nicht durchgehalten.« Vor kurzem ist die Beziehung in die Brüche gegangen. »Mit meiner politischen Arbeit hat das nichts zu tun.« An die Auseinandersetzungen im Parlament hat sich Thomas Wüppesahl inzwischen gewöhnt. »Es hilft, wenn du weißt, du stehst letztlich doch nicht allein da. Viele Bürger haben schon gemerkt, daß unsere Arbeit eine andere Qualität hat als die der Etablierten.«

Er lacht, als ich ihm sage, welcher Film zur Zeit im Kino neben dem Rathaus läuft: »Theo gegen den Rest der Welt.«

Dieter Trautmann